Leserbriefe

Die Energieversorgung Mittelrhein hat Ergebnisse einer Studie zur Akzeptanz der Energiewende im Kreis vorgestellt

„Jetzt ist die Politik gefordert“

Nach den Ergebnissen der Umfrage der Ludwig-Maximilian-Universität München scheint es, dass der Klimawandel und die Energiewende für die Mehrheit unserer Bevölkerung ein wichtiges oder sogar sehr wichtiges Thema ist. Jetzt ist die Politik gefordert, darauf auch tatkräftig tätig zu werden. Zur Energiewende gehören alle regenerativen Energieträger von Solar-, Wind- und Wasserenergie über Biomasse- bis zur Biogasenergie. Je vielfältiger wir unsere regenerative Energieversorgung gestalten, desto stabiler wird sie. Jedes Ökosystem wird um so stabiler, je höher die Artenzahl ist. Wichtig ist hierbei auch, dass wir die Bürger an der Energiewende beteiligen. Die Akzeptanz steigt, wenn Menschen sich aktiv an Bürgerenergiegesellschaften beteiligen können, weil es dann „ihr Windrad“ oder „ihre Fotovoltaikanlage“ ist.

Es wird die Aufgabe des Umweltmanagers sein, den die Kreisverwaltung einstellen will, solche Modelle, die sich bereits an vielen Stellen bewährt haben, auch im Rhein-Lahn-Kreis umzusetzen. Der Umweltmanager muss dafür Gestaltungsfreiheit haben, denn nur dann können der Eigenversorgungsgrad des Rhein-Lahn-Kreises verbessert sowie die Gewerbesteuerentnahmen der Kommunen erhöht bzw. stabilisiert werden. Durch eine solche Win-win-Situation können wir unsere Lebenssituation sowohl ökologisch als auch ökonomisch verbessern.

Denk- und Handlungsverbote, wie sie von den Bürgerinitiativen gegen Windkraft verbreitet werden, die eine Minderheit der Bevölkerung darstellen, müssen dabei überwunden werden. Sie sind zwar unter den bundesweit tätigen Organisationen Vernunftkraft, Deutsche Wildtierstiftung, Naturschutzinitiative und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bestens vernetzt und verfügen über mehrstellige Millionenbeträge zur Medienpräsenz, repräsentieren aber nicht die Bevölkerungsmehrheit. Zudem haben sie keine plausible Erklärung, wie sie die Probleme des Klimawandels und der Energieversorgung lösen wollen.

Viele von diesen Menschen verneinen sogar den Klimawandel. Wir müssen bereit sein, von einer bisherigen Monopolwirtschaft in der Energiewirtschaft auf ein dezentrales, von den Kommunen und Bürgern getragenes Modell zu kommen. Dies entspricht auch vielmehr den natürlichen Verhältnissen als unsere derzeitige Energiebereitstellung. Nahrungsmittel erzeugen wir auch in jedem Garten und nutzen weltweit die Artenvielfalt der Natur.

Matthias Boller, Lahnstein

Post an die Lokalredaktion

Rhein-Lahn-Zeitung

Burgweg 19, 56428 Dernbach
Fax 02603/937 490
E-Mail bad-ems@rhein-zeitung.net

Leserbrief

In einem Leserbrief von Matthias Boller ging es um die Akzeptanz der Energiewende im Kreis. Dazu gibt es Widerspruch.

„Äußerungen sind gefährlich“

In seinem Leserbrief „Jetzt ist die Politik gefordert“ in der Rhein-Lahn-Zeitung erneuert der Autor Matthias Boller aus Lahnstein seine bereits vor einigen Wochen ebenfalls als Leserbrief erschienenen Behauptungen, dass vonseiten der Bürgerinitiativen „Denk- und Handlungsverbote gegen Windkraft verbreitet werden.“ Zudem unterstellt er den bundesweit tätigen Organisationen Vernunftkraft (unter anderem) verfügbare Millionenbeträge zur Medienpräsenz einzusetzen. Auch habe man keine „plausiblen Erklärungen“, wie die Probleme des Klimawandels und der Energieversorgung gelöst werden sollen. Letztlich kommt er zu dem Ergebnis, dass diese Initiativen und Verbände nicht die Bevölkerungsmehrheit repräsentieren.

Ich halte diese Äußerungen nicht nur für weitgehend falsch, sondern sogar für gefährlich und demokratiefeindlich. Sinn und Bestrebungen von Bürgerinitiativen können sich durchaus darauf beschränken, bestimmte Fehlentwicklungen aufzuzeigen und diesen gegenzusteuern. Für Lösungskonzepte sollten Wissenschaftler und Experten beitragen. Gerade zur Windkraftnutzung gibt es hier eine Phalanx von renommierten Instituten, Universitäten und Experten bis hin zum Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, die Windenergie sehr kritisch sehen und viele sogar von einem Scheitern der Energiewende sprechen. Denk- und Handlungsverbote? Wo soll es die geben? Hier bleibt der Verfasser den Beleg ebenso schuldig wie bei der Behauptung, die Verbände setzen Millionenbeträge für die Medienpräsenz ein. Nur zum Vergleich: Die Windkraftindustrie streicht einen Großteil der jährlich

über das EEG ausgeschütteten Steuermilliarden (zwischen 25 und 28 Milliarden!) ein. Unter anderem werden mit diesem Steuergeld (klamme) Kommunalbehörden mit oftmals arrogant auftretenden Rechtsanwälten in zahlreichen Klageverfahren konfrontiert. Dass die Bürgerinitiativen keine Bevölkerungsmehrheit darstellen: wahrscheinlich richtig. In den größeren Städten interessieren Windräder nicht, die sind dort nicht vorhanden. Das Problem ist auf die ländlichen Gebiete begrenzt. Und wer betroffen ist, darf in einer Demokratie alles rechtlich Mögliche unternehmen, um sich zu wehren. Das nennt man auch Minderheitenschutz und Pluralismus, wesentliche Kernelemente unseres Staatswesens. Deswegen sollte Herr Boller erst einmal nachdenken, bevor er solche Leserbriefe loslässt. Dabei hat er im Leserbrief durchaus Sichtweisen wie die Dezentralisierung erneuerbarer Energien angesprochen, die in die richtige Richtung gehen. Wir haben sehr große Flächen für die Solargewinnung wie Fotovoltaik zur Verfügung, unsere Hausdächer. Ich selbst habe eine solche Anlage und spare damit über ein Drittel meines Strombedarfs. Man sollte Speicher mit entsprechenden Kapazitäten entwickeln und diese subventionieren. Leider verdienen dann die großen Energieunternehmen kein Geld mehr, und das will man offensichtlich nicht.

Peter Sehr, Hambach

Post an die Lokalredaktion

Rhein-Lahn-Zeitung

Burgweg 19, 56428 Dernbach
Fax 02603/937 490
E-Mail bad-ems@rhein-zeitung.net